

Presseinformation

Es hilft Ihnen weiter:
Telefon-Durchwahl: 04435 600-110
Zentrale: 04435 600-0
Telefax: 04435 600-200
E-Mail: gemeinde@grossenkneten.de
Internet: www.grossenkneten.de

Datum: 02.11.2023

Mögliche Einrichtung einer Landesaufnahmebehörde in Ahlhorn; Resolution

Der Wohnpark in Ahlhorn bietet seit einigen Jahren Unterkunftsmöglichkeiten insbesondere für Erntehelferinnen und Erntehelfer an. Vor dem Hintergrund der steigenden Zahl an aufzunehmenden Geflüchteten hat der Eigentümer diese Unterkünfte nun dem Land Niedersachsen zur Nutzung als Erstaufnahmeeinrichtung (Landesaufnahmebehörde) angeboten.

Bereits seit vielen Jahren ist der Ortsteil Ahlhorn geprägt durch einen hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Sowohl das Engagement der vielen ehrenamtlichen Integrationshelfer wie auch das Engagement der Kindergärten, Schulen und Einrichtungen ist seit Jahren immer wieder positiv hervorzuheben. Aufgrund der bestehenden sozialen Struktur im Ortsteil Ahlhorn erfolgte die Aufnahme in das Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ – nicht nur bauliche, sondern auch gesellschaftliche Projekte werden hierdurch gefördert.

Dieses über das übliche Maß hinausgehende Engagement stößt mit den zusätzlichen Herausforderungen, die mit der Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung einhergehen würden, an seine Grenzen bzw. überschreitet diese. Es ist zu befürchten, dass die großen Bemühungen der verschiedenen Akteure zur Integration und Teilhabe der bereits in Ahlhorn lebenden Menschen gefährdet und errungene Teilerfolge beschädigt werden.

Die Politik und die Verwaltung der Gemeinde haben daher gegenüber der Landesregierung die bestehenden Bedenken gegen die möglicherweise beabsichtigte Nutzung zum Ausdruck gebracht. In Form einer Resolution des Rates wurde die Landesregierung aufgefordert, die Verhandlungen über die Einrichtung eines Standortes der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen einzustellen sowie den Standort Ahlhorn auch bei künftigen Überlegungen zur Einrichtung von Aufnahmebehörden/Flüchtlingsunterkünften auszuschließen.

Diese Resolution wurde am 1. November gemeinsam von Bürgermeister Schmidtke sowie einer Delegation des Rates im niedersächsischen Innenministerium übergeben. Der Text der Resolution ist dieser Pressemitteilung beigelegt.

Thorsten Schmidtke

Bürgermeister